



Hilfe für Opfer rechter Gewalt 2007-2008





Herausgeberin:

Opferperspektive e. V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164, 14482 Potsdam

Telefon: +49 331 8170000

Telefax: +49 331 8170001

info@opferperspektive.de

<http://www.opferperspektive.de>

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Begoña Petuya, Marcus Reinert, Stephan Martin

Registergericht:

Amtsgericht Potsdam, Registernummer VR 2045

Redaktion: Jonas Frykman

Lektorat: Vanessa Lux

Gestaltung: Sabine Steinhof

Copyright:

Es gilt, namentlich gekennzeichnete Texte sowie alle Fotos ausgenommen, diese Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/de/>

Bildnachweis:

B. Grueninger/version (Umschlag)

C. Ditsch/version (S. 1)

Opferperspektive (S. 8-9, 10-11, 12-13)

privat (S. 4/5, 6/7)

ddp (S. 14-15)

M. Lucas (S. 16)

J. Geisler/MAZ (S. 20-21)



Liebe Leserinnen und Leser,

die Opferperspektive hilft Opfern rechter Gewalt und setzt sich für ihre Sichtweisen und Interessen ein. Die Menschen, denen Gewalt angetan wird, weil sie nicht in das Weltbild RechtsextremistInnen passen, sollen die bestmögliche psychologische, soziale, rechtliche und politische Hilfe erhalten – das ist das Ziel.

Unsere acht MitarbeiterInnen recherchieren in Brandenburg rechte Gewalttaten und bieten Opfern, ihren Freundeskreisen und Angehörigen landesweit Beratung und Begleitung vor Ort an. Mit politisch-sozialen Interventionen in Kommunen und einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit fördern wir die gesellschaftliche Solidarität mit den Opfern und tragen dazu bei, die Artikulation und die Beschwerdemacht diskriminierter Gruppen zu stärken.

Ermöglicht wird die Arbeit, die wir Ihnen hier vorstellen, durch das vielfältige Engagement derjenigen, die uns mit Spenden unterstützen oder vor Ort mit uns in der Hilfe für Opfer rechter Gewalt zusammenarbeiten.



Begoña Petuya, Marcus Reinert, Stephan Martin
Vorstand der Opferperspektive e. V.

Opferperspektive e. V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001
info@opferperspektive.de

AnsprechpartnerInnen

Geschäftsführung

Dominique John
0160 7967232
d.john@opferperspektive.de
Stellvertreterin: Johanna Kretschmann

Öffentlichkeitsarbeit & Fundraising

Jonas Frykman
0151 59100080
j.frykman@opferperspektive.de

Ausstellung

Antje Simnack
0151 59100107
a.simnack@opferperspektive.de



Beratung



Judith Porath
0151 59100082
j.porath@opferperspektive.de



Johanna Kretschmann
0151 59100086
j.kretschmann@opferperspektive.de



Anne Kretzschmar
0151 59100085
a.kretzschmar@opferperspektive.de



Tobias Pieper
0171 1935669
t.pieper@opferperspektive.de



Ulf Bünermann
0151 59100083
u.buenermann@opferperspektive.de



Recherche und Monitoring

Rechte Gewalt trifft oft Angehörige diskriminierter Gruppen, die selten aktiv Hilfe suchen. Viele Betroffene glauben, an ihrer Lage nichts ändern zu können, und finden sich mit Gewalt und Diskriminierung ab. Sprachbarrieren, geringes Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und fehlende soziale Netzwerke im dünn besiedelten Brandenburg kommen hinzu.

Die Opferperspektive recherchiert rechte Gewalttaten und geht auf die Opfer zu. Viele Informationen kommen von lokalen PartnerInnen: Flüchtlinge, antifaschistische Gruppen, Vereine und soziale Einrichtungen. Zusätzlich wertet eine Mitarbeiterin täglich die Polizeimeldungen und Tageszeitungen aus. Weil der politische Hintergrund nicht immer genannt wird, sortiert sie die anhand der Tatabläufe in Frage kommenden Meldungen heraus. Ein Großteil erweist sich zwar als nicht politisch motiviert, viele rechte Gewalttaten können jedoch nur auf diesem Weg ermittelt werden. Bis zu fünf Verdachtsfällen gehen die OpferberaterInnen täglich nach.

Viele rechte Gewalttaten werden nie bekannt. Betroffene berichten den BeraterInnen regelmäßig von Angriffen, von denen sie gehört haben. Recherchen zu diesen bleiben aufgrund der großen Zeitabstände oft ergebnislos. Gelingt es, Geschädigte zu kontaktieren, kann es für eine wirksame Hilfe zu spät sein.



Beim Spreewaldcup der Feuerwehren 2008

Das Hilfsangebot soll die Opfer schnell erreichen. Wenn die Betroffenen von Gewalttaten nicht bekannt werden, bitten die BeraterInnen ermittelnde PolizeibeamtInnen, einen Brief an die Opfer weiterzuleiten. Vielerorts sind die PolizistInnen dazu bereit. Eine spürbare Hilfe wäre, wenn die Polizei die Opferperspektive direkt über angezeigte rechte Gewalttaten informierte. Weil das Landeskriminalamt dazu nicht bereit ist, müssen die BeraterInnen warten, bis die Landesregierung die Fälle, auf Anfrage der linken Landtagsopposition, im Internet veröffentlicht. Im schlimmsten Fall dauert es so über ein Jahr, bis die Opferperspektive von einer Gewalttat erfährt.

Die bekannt gewordenen Gewalttaten werden in eine Datenbank eingegeben und die Zahlen werden regelmäßig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Erfassungskriterien entsprechen der polizeilichen Definition rechts motivierter Gewalt, wobei die Opferperspektive zusätzlich schwerwiegende Bedrohungen, Nötigungen und Sachbeschädigungen registriert. Die auf www.opferperspektive.de veröffentlichten Statistiken und Fallbeschreibungen sind eine wichtige Quelle für Bürgerinitiativen, Politik und Medien.

Sie zeigen in der Tendenz – die Dunkelziffer ist hoch – das Ausmaß und die Entwicklung rechter Gewalt in Brandenburg an. Jährlich werden über 100 rechte Gewalttaten verübt. 2007 lag die Zahl mit 155 Fällen noch höher als in den Vorjahren.



Angriffsziel Imbiss

Rassistische BrandstifterInnen zünden in Brandenburg immer wieder Dönerbuden und Asia-Imbisse an. Wo es kaum sichtbare Migration gibt, stehen Imbisse in den Augen von RassistInnen für die verhassten »Fremden«.

Am 28. September 2007 brannte der Innenraum eines vietnamesischen Imbisses in Eberswalde ab. Den sechs Tätern werden 18 Straftaten zur Last gelegt. Am 20. Oktober wurden in Drebkau Brandsätze bei einem Asia-Shop und einem Imbisswagen gelegt, eine Woche darauf wurde ein Brandanschlag auf einen Imbiss in Welzow verübt. Am 9. Dezember zündeten fünf Rechte in Senftenberg eine Dönerbude an. Am 20. April 2008, dem Geburtstag Adolf Hitlers, brannte ein türkisches Bistro in Blankenfelde nieder, ein Feuer an einem benachbarten Asia-Imbiss erlosch von selbst.

Bei vielen solcher Anschläge bleiben die TäterInnen unbekannt. Wie leicht es ist, in ländlichen Gegenden mit geringer Polizeidichte migrantische Imbisse anzugreifen, zeigte der Fall der Kameradschaft Freikorps. Zwölf Kinder und Jugendliche hatten 2003 mit dem Ziel, das Havelland »ausländerfrei« zu machen, an insgesamt zehn Geschäften Feuer gelegt, bis sie von einer Sonderkommission gefasst wurden.



Ausgebrannter Imbiss in Senftenberg 2007

Für die Betroffenen haben diese Angriffe einschneidende Folgen. Der Schaden durch den Anschlag in Senftenberg betrug 14.000 Euro. Wie viele der kleinen Geschäftsleute war auch dieser Betreiber nicht versichert. Er muss zudem einen Kredit abzahlen, mit dem er die Ausstattung finanziert hatte. Im Fall des vietnamesischen Imbisses in Eberswalde konnten lokale Initiativen und die Opferperspektive mit Spenden die Wiedereröffnung des Geschäfts erreichen.

Prekäre Arbeit, gefährliche Umgebung

Brandstiftung ist nur die Spitze des Eisberges. Viele Imbissangestellte berichten von regelmäßigen rassistischen Pöbeleien durch Gäste, von Drohungen und Sachbeschädigungen. Auch körperliche Attacken sind keine Seltenheit. Der Hennigsdorfer Türke Fehmi D. hatte sich geweigert, einem der Anführer der regionalen rechten Szene Bier zu verkaufen, und wurde daraufhin angegriffen. Im Juni 2008 verurteilte das Amtsgericht Oranienburg den Täter zu einer dreijährigen Haftstrafe, weil er Fehmi D. eine volle Bierflasche über den Kopf geschlagen hatte. Der 25-jährige ehemalige Imbissangestellte ist seitdem zu 50 Prozent behindert, leidet an Epilepsie und Sprachstörungen. Die Opferperspektive begleitet Fehmi D. seit 2006 und unterstützt ihn nun dabei, Entschädigung zu erhalten.



Umkämpfte Räume

In der Lausitz sind Rechtsextreme aktiv und gut vernetzt. In Spremberg trifft sich die Szene im eigenen Klub Bunker 38. Am letzten Mai-Wochenende 2008 wurde in der Stadt ein schwarzer Deutscher überfallen und das Auto einer Familie zerstört, die als politisch links gilt.

Das benachbarte Döbern gilt nicht als rechte Hochburg. Seit Februar 2008 ist Rechtsextremismus auch hier zum Gesprächsthema geworden. Denn gleich zwei Mal wurden in der Kleinstadt Jugendliche gejagt und geschlagen.

Am Freitag, den 22. Februar wollte eine Gruppe Jugendlicher den örtlichen Jugendklub besuchen, in dem sie sich regelmäßig aufhalten. Dort wurde eine Party gefeiert. Viele Gäste trugen Kleidung der Neonazi-Marke Thor Steinar. Ein Teil drohte den Jugendlichen. Als diese daraufhin eilig den Klub verließen, wurden sie getreten und geschubst. Einige der Rechten zeigten den Hitlergruß und nannten die Jugendlichen »Zecken«. Diese trafen sich daraufhin auf einem Supermarktparkplatz, viele Treffpunkte gibt es in Döbern nicht. Am späten Abend wurden sie dort von etwa 30 Rechten überfallen, geschlagen und getreten. Ein Teil der Jugendlichen konnte fliehen und sich im Wald verstecken, wo die Rechten weiter nach ihnen suchten.



Der Döberner Jugendklub

Am darauf folgenden Abend spielte eine Potsdamer Hardcoreband in Döbern. Als die Band nach dem Konzert in einer Disco feiern wollte, wurde einer der Musiker an der Tür mit Verweis auf seine geschminkten Augen als »Scheiß Schwuchtel« bezeichnet und ins Gesicht geschlagen. Die Bandmitglieder wurden von Discobesuchern, viele trugen Thor Steinar-Kleidung, bedroht und beleidigt. Die Musiker flohen vor der Meute. Einer stürzte und wurde geschlagen und getreten. Erst als sich die Band in ein Feld flüchtete, stoppten die Verfolger.

Rechte Cliques dominieren mancherorts Jugendclubs. Jugendliche, die nicht ins Bild passen wollen, sind für sie »Zecken«.

An beiden Abenden hatten die Verfolgten den Notruf der Polizei gewählt. Am Freitag fragte der Beamte den Anrufer, der sich im Wald verbarg, zunächst nach seiner politischen Einstellung aus. Als schließlich ein Streifenwagen erschien, weigerten sich die Beamten, für einen Jugendlichen, der im Gesicht blutete, einen Krankenwagen zu rufen. Auf den Hilferuf der Musiker am Samstagabend hin erschien die Polizei erst gar nicht. Die Opferperspektive bot den Jugendlichen daraufhin an, sie zu ihren polizeilichen Vernehmungen zu begleiten. Nach anfänglicher Skepsis willigte die Kriminalpolizei ein, sodass die Opfer in Anwesenheit einer Beraterin oder eines Beraters ihre Zeugenaussagen machen konnten.



Politisch-soziale Arbeit mit Opfern rechter Gewalt

Rechte Gewalttaten haben vielschichtige Folgen für jene, die dadurch zu Opfern werden. Sie wirken sich zugleich auf ihr soziales und politisches Umfeld aus.

Viele derjenigen, die sich an die Opferperspektive wenden, wurden aus rassistischen Motiven angegriffen. Die zweite große Gruppe sind Menschen, die aufgrund ihrer Ablehnung von Rechtsextremismus oder als Angehörige alternativer Jugendkulturen attackiert wurden. Nicht immer sehen die Opfer sich selbst so. Entscheidend für einen Angriff ist, was sie in den Augen der TäterInnen darstellen.

Viele der Opfer erleiden Verletzungen, manche haben gravierende oder bleibende Schäden. Unterschätzt wird häufig, wie schwer die psychischen Folgen wiegen. »Es ist vor allem die Erfahrung, als Mensch herabgewürdigt zu werden, die die Opfer derart aus der Bahn wirft. Besonders bei MigrantInnen zerstören die Taten regelrecht das Selbstbild. Sie haben sich als normale Menschen gesehen, und plötzlich wird ihnen klar gemacht, dass sie für andere minderwertig sind.« So beschreibt eine Mitarbeiterin den Schock, den viele Rassismusopfer erleiden.

Die Beratung ist dem Konzept des »Empowerment« verpflichtet; die KlientInnen sollen unterstützt werden, selbstständig die Gewaltfolgen zu bewältigen. Über die körperlichen und psychischen Verletzungen können sie mit den BeraterInnen ausführlich sprechen.



Das Team der Opferperspektive

Die Gespräche finden in einer ihnen vertrauten Umgebung, oftmals in der eigenen Wohnung, statt.

Beim ersten Termin fragen die BeraterInnen nach den vordringlichen Bedürfnissen der KlientInnen. Sie besprechen mit ihnen, welche familiären, sozialen und politischen Beziehungen sie mobilisieren können. Denn dies kann entscheidend sein. Rechte greifen vor allem Menschen an, die von Ausgrenzung betroffen sind. Für diese ist es oft besonders schwer, gesundheitliche und materielle Schäden zu bewältigen.

Einzelne unterstützen und dabei die Gesellschaftlichkeit politischer Gewalt systematisch aufgreifen

Neben der psychosozialen Beratung und dem Erstreiten einer Entschädigung ist die Begleitung im Strafverfahren eine wichtige Unterstützung. Eine Beraterin: »Meist ist das Gericht der einzige Ort, an dem die Tat richtig besprochen wird und wo sich alle Beteiligten dazu äußern müssen. Die Erwartung der Opfer ist, dass das Unrecht anerkannt wird, das ihnen widerfahren ist. Vielen ist wichtig, dass die Diskriminierung benannt wird.« Ein Urteil, das diese Erwartung erfüllt, bildet oft den Abschluss eines Beratungsverhältnisses. Nicht selten sind dann seit der Gewalttat ein oder zwei Jahre vergangen.



Das Schweigen brechen

Seit Anfang 2008 untersuchen WissenschaftlerInnen und AktivistInnen aus Warschau, Krakau, Breslau und Berlin das Monitoring rechter Gewalttaten und die Hilfsangebote für Opfer in Polen und Deutschland.

Im Herbst sollen die Ergebnisse des Kooperationsprojekts der Opferperspektive und Nigdy Więcej (»Nie Wieder«), das von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft finanziert wird, in Warschau VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen beider Länder vorgestellt werden. Dr. Rafal Pankowski arbeitet an der Warschauer Universität Collegium Civitas und ist Chefredakteur der von Nigdy Więcej herausgegebenen gleichnamigen Zeitschrift.

Was ist der Anlass Ihres Projekts mit der Opferperspektive?

Das Ziel von Nigdy Więcej ist es, das Schweigen über rechtsextreme Vorfälle zu brechen. In unserer Zeitschrift dokumentieren wir jedes Jahr Hunderte rechtsextremer Angriffe. Durch offizielle Statistiken lässt sich das Ausmaß der Hassverbrechen aber nicht belegen, weil politische Straftaten nicht systematisch erfasst werden. Das ist ein Grund dafür, dass Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit und der Politik kaum eine Rolle spielt. Eine große gesellschaftliche Bewegung gegen Rassismus, die wir schaffen wollen, soll das ändern.



Polnisch-deutsche Kooperation gegen rechte Gewalt

Wie gehen die polnischen Behörden mit Rechtsextremismus um?

Sie legen eine geradezu nachsichtige Haltung an den Tag. Das muss man so allgemein sagen, leider! Trotz der erheblichen Zahl von Überfällen und der Aufrufe zu Hass und Gewalt durch rechtsextreme Gruppen ist keine dieser Organisationen verboten. Dabei untersagt der Artikel 13 der Verfassung von 1997 solche rassistischen Aktivitäten. Ein anderes Beispiel: An jeder Ecke gibt es staatliche Zeitungskioske, in denen antisemitische Zeitschriften angeboten werden.

Erwarten Sie von der neu gewählten Regierung Verbesserungen?

Der Regierungswechsel im letzten Herbst war eine große Erleichterung und auch ein Sieg, weil seit 2006 stramm rechte Gruppierungen an der Regierung beteiligt waren. Das Wichtigste ist, dass ihnen der Zugriff auf die Staatsmacht entzogen wurde. Für die Zukunft hoffen wir auf Veränderungen, wir sehen aber auch die Gefahr, dass die Dimension des Problems weiter ignoriert wird.

Was versprechen Sie sich von der Zusammenarbeit?

Wir kennen die Opferperspektive schon seit Ende der 1990er Jahre. Wir glauben, dass wir von ihren Erfahrungen und denen ähnlicher Organisationen etwas lernen können. Meine Hoffnung ist, dass die erprobten Konzepte uns helfen, ein im polnischen Kontext wirksames System des Monitorings von Hassverbrechen und der Opferhilfe aufzubauen.



Der Fall Ermyas M.

Ermyas M. wurde in der Nacht zum 16. April 2006 in der Nähe des Potsdamer Bahnhofs Charlottenhof bewusstlos aufgefunden.

Der schwarze Deutsche hatte seine Frau angerufen, als er mit zwei Männern in Streit geriet. Auf dem Anrufbeantworter wurde aufgezeichnet, wie diese ihm drohten: »Wir machen dich platt, du Nigger!« Der anschließende Faustschlag zertrümmerte den Augenknochen von Ermyas M. Knapp zwei Wochen blieb ungewiss, ob der Schwerverletzte überleben würde.

Die Solidarität mit dem Opfer, die BürgerInnen wie politisch Verantwortliche spontan zeigten, gilt heute als Beispiel für vor schnelle und reflexhafte Reaktionen auf vermeintlich rassistische Angriffe. Erhebliche Dynamik erhielt die öffentliche Diskussion des Falles, weil er kurz vor der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland Fragen nach der Sicherheit internationaler Gäste aufwarf. Bis zum Abschluss des Gerichtsprozesses im Juni 2007 wurde kontinuierlich über den Fall berichtet. Dabei vollzogen sich zwei miteinander verknüpfte Wendungen in der öffentlichen Bewertung: Die Person des Opfers wurde demontiert und der rassistische Hintergrund der Tat in Abrede gestellt.

Zunächst war Ermyas M. in den Medien zu einem Sinnbild der »Integration« stilisiert worden: ein Familienvater, mit deutschem



Pass und SPD-Parteibuch, der am Leibniz-Institut promoviert. Diese Berichterstattung kippte schon bald. Unter Berufung auf ungenannte »Ermittlerkreise« verstiegen sich JournalistInnen zu Spekulationen, Ermyas M. habe die Täter provoziert, sei betrunken gewesen und könne sich seine Verletzungen durch einen unglücklichen Sturz zugezogen haben. Die nun einsetzende Dekonstruktion des »idealen Opfers« ermöglichte es, den durch eine Tonbandaufzeichnung evidenten Rassismus der Täter neu zu definieren: »Nigger« wurde zu einer situativ nachvollziehbaren Beschimpfung in einem Streit unter Betrunkenen. Das Potsdamer Landgericht legitimierte diese Auffassung anschließend. Die der Körperverletzung vorausgegangene Beschimpfung des Opfers als »Nigger« lasse nicht zwangsläufig auf eine rassistische Tatmotivation schließen, hieß es in der mündlichen Urteilsbegründung.

»Wenn ich einen Schwarzen mit dem Wort ›Nigger‹ beschimpfe, dann ist das eine sehr spezifische, historisch eingeführte Beschimpfung, die zweifelsohne rassistisch ist – und zwar objektiv, egal wie sie gemeint war.« So kommentierte der Migrationsforscher Mark Terkessidis die Diskussion in einem Dossier, das die Opferperspektive 2008 zum zweiten Jahrestag der Gewalttat herausgab. Die Soziologin Beate Selders rekonstruiert darin minutiös die Tat, die Reaktionen der Politik, die Medienberichterstattung, die Ermittlungen und das Gerichtsverfahren.



136 Namen

Antirassismus-Aktivisten in Dessau

Alberto Adriano wurde im Dessauer Stadtpark von drei Neonazis totgeschlagen. Dem afrodeutschen Vater dreier Kinder widmeten die Brothers Keepers das Lied »Letzte Warnung«.

Die Rapper riefen zum Widerstand gegen Rechts und auch gegen eine Gesellschaft auf, die nach tödlichen Gewalttaten Rechtsextremistische immer wieder zur Tagesordnung übergeht.

Alberto Adriano ist daher oft der einzige der Namen in der Ausstellung »Opfer rechter Gewalt«, den SchülerInnen kennen. Dabei enthält sie 136 Tafeln. Der Umfang verstört. So exzessiv die Gewalt ist, so wichtig erscheinen mitunter ihre Anlässe. Unter dem Namen Carlos Fernando etwa ist notiert: »Der Mosambikaner wurde am 15. August 1999 in Kolbermoor (Bayern) von einem 31-jährigen Mann totgeprügelt, der sich zuvor darüber aufgeregt hatte, dass das Auto seiner Freundin von Afrikanern zugeparkt worden war«.

Die Pädagogin Dagi Knellessen begleitet Schulklassen durch die Ausstellung. Sie lässt die Jugendlichen in Zeitungsartikeln nach Biografien von Opfern recherchieren, Hintergründe und gesellschaftliche Ursachen diskutieren. Über 50-mal wurde die Ausstellung von der Opferperspektive bislang, quer durch die Republik, gezeigt. Im Sommer 2008 wird, in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, parallel eine zweite Dokumentation auf Wanderung geschickt.

Publikationen

Angriffsziel Imbiss

Opferperspektive 2005, 32 Seiten, DIN A4

Eine Analyse rassistischer Brandanschläge

Der »Fall Ermyas M.«

– Chronik einer Debatte

Opferperspektive 2008, 52 Seiten, DIN A4 PDF

Die Gewalttat gegen den schwarzen Deutschen vor der WM 2006

Gegen den Strom

Opferperspektive 2007, 28 Seiten, DIN A6

Gespräche mit Jugendlichen, die sich gegen rechts engagieren

Perspektiven nach einem rechten Angriff

– Ihre Rechte und Möglichkeiten

Opferperspektive 2007, 36 Seiten, DIN A5

Ratgeber für Opfer rechter Gewalt

Rechtsextremismus in Brandenburg

– Einblicke vor Ort

Opferperspektive/Aktionsbündnis 2006,

56 Seiten, DIN A4

Tagungsdokumentation

Schattenberichte

Opferperspektive, halbjährlich, 4 Seiten, DIN A4

Rundbrief mit Nachrichten aus der Opferperspektive

Toolbox gegen rechte Gewalt

Opferperspektive 2007, 2. Auflage, 32 Seiten, DIN A6

Ratgeber für jugendliche Opfer rechter Gewalt



Die Unterstützung durch Förderinnen und Förderer bildet die Grundlage für die Arbeit des gemeinnützigen und mildtätigen Vereins Opferperspektive. Die Eigenmittel werden verwendet, um Fördermittel zu erhalten, die für die Arbeit des Vereins benötigt werden: Erfassung rechter Gewalttaten, Opferberatung, Prävention und Bildung.

Finanzen

Erfreulicherweise sind die Spenden und Mitgliedsbeiträge von etwa 8.000 Euro im Jahr 2003 auf über 25.000 Euro in den letzten beiden Jahren gestiegen. In geringerem Maß erhält die Opferperspektive auch Zahlungen aus Bußgeldauflagen. Es wird angestrebt, diese Einnahmen zu erhöhen.

Die Eigenmittel machen etwa zehn Prozent, öffentliche und private Zuschüsse etwa 80 Prozent der Einnahmen aus. Die Fördermittel kommen vor allem von der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg der Landesregierung und aus dem Förderprogramm »Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus« des Bundes. Weitere zehn Prozent der Einnahmen sind zweckgebundene Spenden für Menschen, die nach rechten Gewalttaten besondere medizinische Versorgung benötigen, arbeitsunfähig oder zu Waisen geworden sind.

Für die aufsuchende Opferberatung werden über 80 Prozent der Ausgaben aufgewendet; den größten Anteil haben daran die Gehälter der sieben BeraterInnen. Etwa zehn Prozent werden für Arbeitsplätze und Arbeitsmittel, fünf Prozent für Reisekosten ausgegeben. Ratgeber und andere Publikationen sowie Veranstaltungen fallen mit weiteren fünf Prozent ins Gewicht.

Einnahmen	2007	2006
Spenden	25.499	25.601
Bußgelder	2.950	6.060
Sonstige Einnahmen	9.056	4.946
Projektförderung		
Opferberatung	255.781	242.464
Koordinationsstelle	18.236	55.715
Bildungsarbeit	20.033	6.234
Opferhilfen		
Spenden	12.140	14.218
Schmerzensgelder	6.081	25.240
Gesamt	349.776	380.478
Ausgaben	2007	2006
Personalkosten	241.334	261.227
Mieten, Arbeitsmittel	29.140	22.824
Reisen, Fahrzeuge	19.733	11.821
Sonstige Ausgaben	10.850	10.082
Bildungsarbeit	18.233	9.420
Spenden	16.410	7.086
Schmerzensgelder	5.928	26.400
Gesamt	341.628	348.860
Gewinn/Verlust	8.148	31.618

Alle Zahlen sind auf volle Beträge gerundet. Die Zahlen für 2007 sind noch vorläufig.



Spenden

Viele der Menschen, die die Opferperspektive durch Spenden unterstützen, begleiten den Verein seit mehreren Jahren. Seit der Gründung im Jahr 2000 ist der Kreis der Förderinnen und Förderer stetig angewachsen. 2007 unterstützten etwa 300 Menschen die Hilfe für Opfer rechter Gewalt mit insgesamt über 25.000 Euro.

Diese Unterstützung schafft die Grundlage, auf der das vordringliche Ziel umgesetzt werden kann: Alle, die in Brandenburg Opfer rechter Gewalt werden, sollen Hilfe erhalten.

Durch die Spenden werden vor allem Eigenmittel erbracht, die vorgeschrieben sind, um öffentliche Fördergelder in Anspruch zu nehmen. Entsprechend werden die Spenden eingesetzt, um anteilig die Personalkosten zu finanzieren, die eine professionelle und flächendeckende Beratung ermöglichen. Um die Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Behörden finanziell zu stärken, strebt die Opferperspektive eine weitere Erhöhung des Spendenanteils an.

Prinzipiell setzen sich die OpferberaterInnen dafür ein, dass Kosten für Rechtsanwältnnen, Therapien und andere Maßnahmen für KlientInnen von den zuständigen Stellen übernommen werden. Das ist nicht immer möglich, und manchmal sind auch Dinge, auf die kein Anrecht besteht, wichtig, um Gewalterfahrungen zu



verarbeiten. Das können ein Selbstverteidigungskurs, Fahrkarten zu Therapiesitzungen oder ein Mobiltelefon sein, mit dem die Polizei gerufen werden kann. Die gestiegenen Spendeneinnahmen ermöglichen es, solche Maßnahmen in schwerwiegenden Fällen zu bezahlen. Um die Mittel da einsetzen zu können, wo sie benötigt werden, bittet die Opferperspektive vor allem um »freie«, also nicht zweckgebundene Spenden.

Immer wieder werden Spenden direkt für Menschen gesammelt, die in Notlagen geraten sind. Mehrmals konnte so MigrantInnen geholfen werden, ihre niedergebrannten Geschäfte wieder zu eröffnen. Regelmäßig erhält ein Kind, dessen Vater durch rechte Gewalt ums Leben kam, Unterstützung von SpenderInnen. Mit dem Berliner *Tagesspiegel* sammelt die Opferperspektive jedes Jahr Spenden für einen Italiener, der seit einem rechten Angriff schwerbehindert ist. Solche zweckgebundenen Spenden werden zu einhundert Prozent für den angegebenen Zweck eingesetzt; die dafür anfallenden Werbungs- und Verwaltungskosten werden durch »freie« Spenden finanziert.

Die Verwendung von Spenden wird den Förderinnen und Förderern detailliert erläutert. Alle Einnahmen und Ausgaben der Opferperspektive werden jedes Jahr veröffentlicht. Zudem werden sie durch das Finanzamt geprüft, das den Verein zuletzt im Januar 2008 als gemeinnützig und mildtätig anerkannt hat.

Die Opferperspektive entstand als ehrenamtliche Initiative und baute die erste Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Deutschland auf. Dass Menschen, die von Rechtsextremen beleidigt, bedroht und geschlagen werden, die bestmögliche psychologische, soziale, rechtliche und politische Unterstützung erhalten, ist unser Ziel.

OPFERPERSPEKTIVE

**Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Telefon: +49 331 8170000
Telefax: +49 331 8170001
info@opferperspektive.de**

www.opferperspektive.de

**SPENDENKONTO 3813100
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 10020500**